

Umlage 3

Der Oberbürgermeister  
Dezernat für Finanzen, Beteiligungen und Europaangelegenheiten  
Dez. I Stadtverwaltung Duisburg, 47049 Duisburg

**DUISBURG**  
am Rhein

Herrn Landesdirektor  
Harry K. Voigtsberger  
Landeshaus  
Kennedy-Ufer 2  
50679 Köln

11. März 2010  
+ EUR

*U. H. Voigtsberger*

Eing. 15. März 2010  
-21- *V*

Duisburg, den 8. März 2010

*21.10 letzte Besprechung*

**Haushaltsentwurf 2010 des Landschaftsverbandes Rheinland  
Beteiligung der Mitgliedskörperschaften am 03.12.2009  
Ihr Schreiben vom 08.02.2010**

Sehr geehrter Herr Voigtsberger,  
sehr geehrte Frau Hötte,

mit Befremden habe ich Ihren o. g. Brief zur Kenntnis genommen. Ihre Absicht, den Umlagesatz für die Landschaftsumlage 2010 um 0,15 Prozentpunkte anzuheben, stößt in einer Stadt wie Duisburg auf keinerlei Verständnis.

Für den städtischen Etatentwurf bedeutet die Anhebung für 2010 eine Mehrbelastung von knapp 1,1 Mio. €.

In den Finanzplanungsjahren 2011-2013 verursachen die weiteren in Ihrem Etatentwurf angekündigten Erhöhungen des Umlagesatzes auf

17,0 v. H. für 2011

17,2 v. H. für 2012

17,1 v. H. für 2013

eine Mehrbelastung in Duisburg von knapp 25 Mio. €.

Diese massive Hypothek für das Haushaltssicherungskonzept, das die politischen Gremien zurzeit beraten, ist nicht mehr zu verkraften. Die vorgeschlagenen Kürzungen im Bildungs-, Schul- und Jugendbereich sowie im kulturellen Sektor führen bereits jetzt zu Protesten in der Bevölkerung. Eine weitere Strangulierung der örtlichen Handlungsoptionen zu Lasten des städtischen Infrastrukturniveaus ist nicht mehr zu vermitteln.

Außerdem stelle ich fest, dass die Anhebung des Umlagesatzes für 2010 von bisher 15,85 v. H. auf 16,0 v. H. eine Ertragssteigerung Ihres Haushalts von knapp 19 Mio. € bewirkt, somit lediglich 0,65 v. H. aller Aufwendungen des Gesamtergebnisplans darstellt. Vor dem Hintergrund des fortgesetzten Schuldenabbaus in allen Jahren der Finanzplanung (erkennbar im Gesamtfinanzplan), appelliere ich eindringlich an Sie, auf die Umlagesatzerhöhung zu verzichten und diese 19 Mio. € auf andere Art und Weise einzusparen.

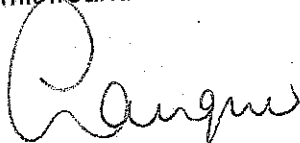
Wenn sich die Haushaltsslage des LVR so dramatisch entwickelt wie Sie, sehr geehrte Frau Hötte, dies in der Veranstaltung mit den Mitgliedskörperschaften im Dezember 2009 vorge-tragen haben, und wie es dem Haushaltsplanentwurf sowie der Broschüre für Ihre politi-schen Vertreter zu entnehmen ist, ist m. E. die Zeit gekommen, dass auch der LVR ein Haushaltssicherungskonzept erarbeitet.

Mit Verwunderung stelle ich auch immer wieder fest, dass Sie zahlreiche neuartige Aufga-ben in Angriff nehmen, zu denen Sie nicht gesetzlich verpflichtet sind. Da der LVR sich zum größten Teil über die Umlage finanziert, erinnere ich daran, dass die Aufsichtsbehörden in den Nothaushaltskommunen ein striktes Regime führen und akribisch darauf achten, dass keine neuen freiwilligen Aufgaben übernommen werden. Auch die höheren Kommunalver-bände müssen sich der Erkenntnis stellen, dass in den gegenwärtigen Zeiten eben nicht al-les Wünschenswerte umsetzbar ist.

Die Rücksichtnahme auf die Mitgliedskommunen halte ich daher noch für ausbaufähig. Dass die Umlage die Höhe des Vorjahres nicht übersteigt, ist für eine Nothaushaltskommune, die bereits überschuldet ist und im Haushaltssicherungskonzept ein Sparvolumen von rd. 162 Mio. € darstellen muss, kein akzeptables Argument.

In der Erwartung, dass die in Ihrem Schreiben geschilderte Situation noch nicht das Ender-gebnis für den Beschluss der Haushaltssatzung 2010 wiedergibt, sondern Sie gemeinsam mit der Landschaftsversammlung alles tun werden, eine Umlagesatzerhöhung zu vermei-den, verbleibe ich

mit freundlichen Grüßen



Dr. Langner